



Nachrichten

der Sudetendeutschen Landsmannschaft in Österreich Bezirksgruppe Wien und Umgebung

Haus der Heimat, Steingasse 25, 1030 Wien, Tel:01/7185919. Bankverbindung: Erste Bank der österr. Sparkassen AG, IBAN:AT74 2011 1000 0230 4716 BIC: GIBAATWWXXX Pressedienst: www.sudeten.at/wDeutsch/aktuelles/pressedienst/archiv/

www.sudeten.at

E-Mail: office@sudeten.at

ZVR-Zahl: 339909282

10.09.2019 / Nr.3

Wir begrüßen unsere Landsleute und Freunde und geben unser Programm für die nächste Zeit bekannt.

Nächste Stammtische der Bezirksgruppe:

- 20. September: Unser traditioneller Heuriger der ehemaligen SdJ-Kameraden wieder beim Heurigen „Zehner Marie“ Ottakringer Straße 222, Beginn 19 Uhr. Erreichbar: U3 Station Ottakring oder Straßenbahnlinie 2 oder 46. Wegen des Ottakringer Kirtages wurde der Termin um eine Woche verschoben.
- 11. Oktober: Videofilm Teil 4 der Doku des VLÖ (gemeinsam mit ORF III) *"Umstrittenes Dreiländereck Österreich - Slowenien - Italien"*.
- 8. November: Hauptversammlung und Neuwahl der Bezirksgruppe. Anschließend das Würfelspiel *"Wanderfahrt durch das Sudetenland"*.
- 13. Dezember: Unsere vorweihnachtliche Stunde.

Unsere Stammtische finden einmal im Monat am 2. Freitag, im Haus der Heimat, 1030 Wien, Steing. 25 (U3, Straßenbahnlinie 71) statt. Beginn jeweils um 19 Uhr. Alle Landsleute und Interessenten sind herzlich eingeladen.

Allgemeine Veranstaltungen

- So. 8. Sept. 14:00 Uhr: Festumzug mit Südmährer Festwagen im Rahmen der großen Bezirkswinterfesttage in Poysdorf.
- Do. 26. Sept 19:30 Uhr: Herbstkonzert der Harmonia Classica im Haus der Heimat (Operettenarien, Volkslieder).
- So. 27. Okt. 15:30 Uhr: Totengedenkmesse der Heimatvertriebenen in der Augustinerkirche, 1010 Wien
- Ausstellung bis 26. Okt.: *„Langsam ist es besser geworden“* im Museum *„Alte Hofmühle“* in Hollabrunn Mühlenring. Sonntag und Feiertag 9:30 – 12:30 Uhr.
- Ausstellung bis April 2020: *„180. Geburtstag Andreas Hartauer und 120. Geburtstag Hans Nachlinger“* im Böhmerwaldmuseum, Ungargasse 3, 1030 Wien.
- 4. Und 5. Nov.: Tagung des Sudetendeutschen Priesterwerkes im Stift Melk. Anmeldung im SLÖ-Büro Tel. 01 7185919
- jeweils Montag 19 Uhr an folgenden Terminen: 9. und 23. Sept., 14. Und 28. Okt., 11. Und 25 Nov., 9. und 23. Dez.: Sudetendeutscher Volkstanzkreis im Haus der Heimat.

Wir wollen auch auf div. Reiseveranstaltungen der Österreichischen Landsmannschaft (ÖLM) – vormals *„Deutscher Schulverein“* – aufmerksam machen. Unter dem Motto *„Reisen mit Freunden“* werden interessante Reisen angeboten. Die Monatszeitung *„Der Eckart“* bietet vielfältige Information, Fuhrmannngasse 18a, 1080 Wien, Tel.: 01 4082273

Anmeldung Sudetendeutscher Pressedienst: pressedienst@sudeten.at

Kontakt Sudetenpost: sloe@chello.at

Kontakt Ahnenforschung: guenter.ofner@chello.at

Besuchen sie auch die Webseite der Heimatgruppen im SLÖ-Landesverband: <https://www.sloe-wien.at/>

EINLADUNG ZUM SUDETENDEUTSCHEN HEIMATTAG 2019

KLOSTERNEUBURG
Sonntag, 15. September 2019

Die Festrede hält

Univ.-Prof. Dr. Reinhold Reimann
Obmann des Alpenländischen Kulturverbandes Südmark, Graz

Thema:
Volksgruppen in einer globalisierten Welt

Der Musikverein Leopoldau bietet die musikalische Umrahmung

14:00 Uhr:
FESTLICHES HOCHAMT in der STIFTSKIRCHE
Hauptzelebrant ist Prälat Karl Rühringer
Mit dem Musikverein Leopoldau

15:00 Uhr: Fest- und Trachtenzug vom Rathausplatz zum Sudetendeutschen Ehrenmal
am Sudetendeutschen Platz

15:30 Uhr: TOTEN-GEDENKFEIER und Kranzniederlegung mit Dkfm. Hans Günter Grech

16:00 – 19:00 Uhr: KUNDGEBUNG und HEIMATTREFFEN in der BABENBERGERHALLE

Grußworte von Bürgermeister Mag. Stefan Schmuckenschlager und den Vertriebenensprechern

BÜCHERMARKT im Foyer der Babenbergerhalle

Pendelverkehr von 12:00 – 13:30 Uhr vom Bahnhof Klosterneuburg-Kierling zur

Babenbergerhalle (gratis)
Eintritt: frei, um Spenden wird gebeten
Unsere Bankverbindung:

Bank Austria Creditanstalt Kto.Nr. / IBAN: AT96 1100 0003 4525 7000, BIC: BKAUATWW

S O N D E R A U S S T E L L U N G

„180. Geburtstag Andreas Hartauer – 120. Geburtstag Hans Nachlinger“
Böhmerwaldmuseum Wien, 1030 Wien, Ungargasse 3, geöffnet jeden Sonntag von 9 bis 12 Uhr

„Der Rest ist Österreich...“ – Der SCHOCK von Saint Germain!

Frankreichs Ministerpräsident Georges Clemenceau, Präsident der Konferenz tätigte das Zitat „Der Rest ist Österreich“. Die sogenannten „Friedenskonferenzen“ erschütterten Europa und die Welt im Jahr 1919. Nach ultimativer Aufforderung unterzeichnete Deutschland am 28. Juni 1919 unter Protest den Vertrag in Versailles. Nach der Ratifizierung und dem Austausch der Urkunden trat er am 10. Januar 1920 in Kraft. Die am 2. September 1919 den deutschösterreichischen Delegierten übergebene Endfassung wurde am 10. September 1919 in Saint Germain unterzeichnet. Er galt ab dem 16. Juli 1920. Die erste Fassung des Vertrages erhielt man im Juni. Im folgenden nun Auszüge eines Artikels der parteilosen, eher liberalen Wochenzeitschrift „Das interessante Blatt“:



Die Nachrichten über die Friedensbedingungen der Ententemächte, die in St. Germain unseren Delegierten überreicht wurden, haben einen Widerhall in der ganzen Bevölkerung Deutschösterreichs gefunden, der in dem einen Wort: „**unannehmbär**“ seinen kürzesten Ausdruck findet. Was die Pariser Friedenskonferenz dem deutschen Volke zumutet, ist einfach nationaler Selbstmord. (...) Der Frieden wird es genannt, aber der Untergang ist es in Wahrheit, was die Entente über Deutschösterreich beschlossen hat. Auch die ärgsten Pessemisten unter uns waren auf solch niederträchtige Friedensbedingungen nicht gefasst. (...)

Passive Resistenz ist das einzige, was uns übrig bleibt, wenn die von Dr. Renner angekündete Aufklärungsarbeit in St. Germain die Entente nicht völlig umstimmt. Völlig muß die Entente auf den irrsinnigen Gedanken verzichten, uns für die Niederlage des gesamten, alten Österreich die Rechnung zu präsentieren und die Bezahlung in territorialen und wirtschaftlichen Werten abzuverlangen. Die Entente ist sehr mächtig, aber diesen Frieden wird auch sie nicht verwirklichen können. Er bleibt auf dem Papier stehen – als ein historisches Zeugnis menschlicher Torheit und Grausamkeit. (...) Die Entente hat gegen die österreichisch-ungarische Monarchie Krieg geführt und ihre Auflösung noch vor Beendigung des Krieges ausgesprochen, damals, als sie die Tschechoslowaken in aller Form als selbstständige und kriegführende Nation anerkannte. Auch Deutschösterreich hat diese Auflösung bestätigt, als es sich weigerte, an den Waffenstillstandsverhandlungen mit der Entente teilzunehmen, sondern dieses Geschäft der

letzten österreichischen Regierung überließ, sich selbst aber als neuen und unabhängigen Staat konstituierte. In dem Friedensentwurf nennt uns aber die Entente konsequent „Österreich“ und legt uns alle Lasten auf, die dieser untergegangene Staat zu tragen gehabt hätte. Das ist ein Widerspruch in sich selbst. Daß Deutschösterreich nicht identisch sein kann mit dem alten Österreich und auch nicht sein Erbe sein kann, ergibt sich schon aus der unleugbaren Tatsache, daß das alte und das neue Österreich eine Zeitlang nebeneinander bestanden haben, mit zwei Regierungen nebeneinander und zwei Souveränen: dem Kaiser und der provisorischen Nationalversammlung. (...)

Das österreichische Problem hat schon lange vor dem Kriege bestanden. Die Streitigkeiten zwischen den österreichischen Völkern beunruhigten Europa schon seit Jahrzehnten und die Bemühungen der Wiener Regierung, den inneren Frieden herzustellen, wurden mit der größten, wenn auch nicht immer wohlwollenden Aufmerksamkeit verfolgt. Die verschiedensten Rezepte wurden zu diesem Zweck empfohlen und angewendet, bald wurde das Heil in einer zentralisierenden, bald in einer föderalistischen Politik gesucht. Eine endgültige Lösung wurde nicht gefunden und mitten im Experimentieren brach der Krieg aus. (...)

Früher sollte das über den Völkern und Parteien stehende Herrscherhaus oktroyieren, jetzt oktroyiert der Slawe den Deutschen und die Entente macht sich zum Vollstrecker des Zwangsurteils. Und diese Lösung soll Bestand haben? Die Entente will den dauernden Frieden dadurch sichern, daß sie die Entscheidung künftiger Konflikte dem Völkerbund überträgt. Der Völkerbund aber, das ist sie selbst, da sie vorläufig die Besiegten nicht in den Bund aufnimmt. (...)

Wenn man wissen will, wer im alten Österreich die Schuld daran trug, daß der innere Friede nicht zustande kam, der braucht sich nur den sogenannten Frieden von Saint Germain ansehen. Das also waren die Ziele der Slawen in Altösterreich, nur um diesen Preis hätten sie ihr Einverständnis mit dem Nationalitätenstaat erklärt. In Böhmen das Deutschtum unter tschechischer Herrschaft,

in den Alpenländern zum mindesten die deutschen Städte an der Sprachgrenze den Slowenen überantwortet – und Österreich wäre für die Slawen das Paradies geworden. Sie befahdeten es schon vor dem Kriege und verrieten es im Kriege. (...)

Der Anschluß an Deutschland wird uns verboten. Stattdessen bekommen wir eine Unabhängigkeit, die wir vermöge der unseren Staat aussaugenden Friedensbedingungen nicht aufrechtzuerhalten imstande sind. Wir müssen unabhängig von Deutschland sein, damit wir abhängig von den slawischen Nationalstaaten sein sollen. Die Tschechen und Südslawen bekommen das Selbstbestimmungsrecht und darüber hinaus das Recht, über uns zu bestimmen und das deutsche Volk bleibt als einziges in Europa vom Genuss des Selbstbestimmungsrechtes ausgeschlossen. (...)

Ob aber Deutschland unterzeichnet oder nicht – der Frieden von Versailles wird ebensowenig Dauer haben wie der von Saint Germain. Von 12 Millionen Deutschösterreichern die Hälfte in Fremdherrschaft jagen und vom verbleibenden Stumpfe die Deckung der Kriegsschulden des früheren Dreissigmillionenstaates zu fordern, das ist Narrenwerk. Frankreich bringt sich durch diese Politik um die Frucht seines Sieges. Es wollte für alle Zeit Ruhe an seiner Ostgrenze und zwingt Deutschland, schon heute an die Rache zu denken. Es wollte die Slawenstaaten zu seinen Bundesgenossen gegen Deutschland machen und verschaffte ihnen in dem um seine heilige Rechte betrogenen Deutschösterreich einen erbitterten Feind, der am Tage der Abrechnung den Arm dieser Bundesgenossen lähmen wird. Es will durch den Verbot des Anschlusses eine Stärkung Deutschlands verhindern und mißhandelt uns so, daß wir uns erst recht in unserem Herzen an Deutschland anschließen und seine einstige Auferstehung als einzige Möglichkeit unserer Befreiung ersehnen (...)

Österreich war niemals ein Feind Frankreichs. Erst der Frieden von St. Germain macht es dazu. Es kommt die Zeit, da wird Frankreich sich schmerzlich daran erinnern, daß es unklug war, in Prag und Laibach kannibalischen Jubel zu erregen. (...)

Deutschland soll eine englisch-französische Kolonie werden, der Wahnsinn dieses Gedankens spricht dafür, wie der unverhoffte Sieg den Führern der Ententemacht jede Vernunft genommen hat. Das deutsche Volk Österreichs kann nur im Anschluß an seine Stammesgenossen in Deutschland, in einem großen Gesamtstaat einer gedeihlichen Zukunft entgegengehen. So stark werden die Mächte, die in Paris eine neue europäische Staatenkarte zusammenschneiden, samt ihren neuen, zwerghaften Bundesgenossen nicht sein, um auf die Dauer die riesige deutsche Nation knebeln zu können. Jede Vergewaltigung, die wir jetzt erleiden, ist ein Verbrechen an unserer nationalen Ehre, das früher oder später Sühne finden muß. Diese Erkenntnis lebt in jedem deutsch fühlenden Herzen und macht uns alle entschlossen, dem Vernichtungswillen, der in Paris herrscht, ein trotziges „Nein“ entgegen zu schleudern. (...)

Man kann uns quälen mit Kriegsdrohungen, die wir aufrichtig den Frieden wollen, aber nie zwingen, unsere Brüder im Norden und Süden slawischer Gewalt preiszugeben. Auch das deutsche Volk muß einen Platz an der Sonne haben, muß seine Eigenart wahren vor Fremdherrschaft und Vergewaltigung. Daß übrigens die Vernunft auch in den feindlichen Ländern langsam den Siegesrausch überwindet, spricht sich in vielen englischen und amerikanischen Pressestimmen aus, die zugeben, daß eine Abänderung der Deutschland und uns überreichten Friedensbedingungen notwendig sein wird.

Deutschösterreich (Gebietsstand: 12. Nov. 1918)



Verabschiedung der sudetendeutschen Abgeordneten im Parlament am 24. September 1919.



Das Österreich der Gegenwart, immer noch mit den Clemenceau-Unrechtsgrenzen von 1919

Bei den Sitzungen in Saint Germain durfte die deutsch-österreichische Delegation nur schriftliche Einwendungen unterbreiten, der vorgelegte Text musste nahezu unverändert angenommen werden. Deutschösterreich wurde wie Ungarn als Nachfolgestaat der untergegangenen österreichisch-ungarischen Monarchie behandelt und sollte für die Folgen des Kriegs aufkommen. Der Staatsname Deutschösterreich wurde verboten und mußte auf Österreich abgeändert werden. Einziger positiver Punkt: Das Burgenland wurde Deutschösterreich zugesprochen.

Der tschechische Weltbetrug

Die nicht allein unter Sudetendeutschen längst bekannte Tatsache, daß die Tschechen nur durch Lug und Trug, durch maßlose Entstellung und Verdrehung der Tatsachen, durch die ihnen eigen Geschichtsfälschung die Einverleibung der deutschen Siedlungsgebiete von Böhmen, Mähren und Schlesien in ihren Staat bei der Entente durchsetzen konnten, wurde nun für alle Welt unwiderleglich festgelegt durch die in der Prager „Bohemia“ erfolgte Veröffentlichung des „Memoires 3“, welches Außenminister Benes und Ministerpräsident Kramar im Februar 1919 der Pariser Friedenskonferenz übergaben. Freilich behauptet das tschechische Amtsblatt, die „Ceskoslowenska republika“, diese Denkschrift sei kein Staatsdokument, kein Vertrag und gehöre überhaupt nicht zu den internationalen Akten, sondern mehr zu ihren Beilagen und es sei ihr nur *„eine informatorische und illustrierende, aber keine grundsätzliche und verbindliche Bedeutung beizumessen“*. Im schroffen Widerspruch zu dieser Behauptung steht aber die ausdrückliche Erklärung Benes', abgegeben in der Sitzung der sogenannten Nationalversammlung vom 30. September 1919, daß dieses Memoire für die Entscheidung der Friedenskonferenz über das Schicksal der Sudetendeutschen maßgebend gewesen sei; ferner, daß nach Benes' eigenen Worten von den Ententevertretern ein Memorandum über die Behandlung der „Minderheiten“ verlangt wurde. Und daß die Friedenskonferenz diese Denkschrift nicht etwa als den Ausdruck der persönlichen Meinung der Herren Benes und Kramar, sondern als eine vertragsmäßige Erklärung des tschechischen Volkes verstanden hat, muß gleichfalls den Worten des tschechischen Außenministers entnommen werden; denn im weiteren Verlaufe der genannten Sitzung betonte er, daß die Ententevertreter das ihnen vorgelegte Memoire *„wegen seines liberalen Standpunktes mit ungewöhnlichem Danke entgegengenommen, Vertrauen in die Tschechen gesetzt und danach alle Behauptungen gewertet hätten, die im Laufe der Friedensverhandlungen über die Behandlung der Minderheiten von Seite der Tschechen in der ganzen Welt verbreitet worden seien.“*

Nun zum Inhalte dieser „Memoires 3“, dieses Meisterwerkes tschechischer Lüge, das man mit vollem Rechte die politische Königinnenhofer Handschrift nennen kann. Schon **der I. Artikel**, betitelt: **„Die grundsätzlichen Fragen“**, zeigt so recht die Sinnesart und Verdrehungskunst der Tschechen. Denn *„das große Prinzip des Rechtes der Völker, ihr Schicksal selbst zu bestimmen,“* wird zur Lösung des deutschböhmisches „Problems“ angerufen, aber nicht etwa in dem Sinne, daß die Sudetendeutschen selbst ihre Zukunft bestimmen können, sondern für die Berechtigung des Anspruches der *„Tschechoslowaken“*, *„daß die Gebiete, wo diese (das heißt die deutschen) Bevölkerungen siedeln, innerhalb der Grenzen ihres Nationalstaates verbleiben“*.

Der II. Abschnitt, **„Die Statistik“**, beweist, wozu man Zahlen, die das Maß vieler Dinge sind, verwenden kann; besonders dann, wenn sie einem Forum unterbreitet werden, das die tatsächlichen Verhältnisse nicht kennt, und wenn die, zu deren Ungunsten die Zusammenstellungen gemacht sind, keine Möglichkeit zur Widerlegung haben. In diesem Falle war es die Abordnung der Sudetendeutschen bei den Friedensverhandlungen. Nach Angaben der tschechischen Denkschrift *„besteht das Problem der Deutschen nur für Böhmen.“* Es werden also jene 11 Bezirke Mährens, die sowohl durch die Gemeindewahlen des 15. Juni 1919 als auch durch die Wahlen zur Prager Völkerversammlung ihre fast reindeutsche Bevölkerung gezeigt haben, einfach verschwiegen. Das Deutschtum Schlesiens wird gar nicht wegzuleugnen versucht, sondern als vorgeschobener „Keil“ bezeichnet, aber für den tschechischen Staat zur Erlangung einer möglichst langen Grenze mit den Polen beansprucht. Das geschlossene deutsche Siedlungsgebiet Böhmens wird in drei nicht zusammenhängende Gruppen zerteilt, in denen es aber *„große Inseln tschechoslowakischer Bevölkerung“* gäbe; diese tschechischen Minderheiten sollen *„im allgemeinen“* angeblich 30-35%, in den Bergbaugebieten sogar 50% erreichen; die früheren *„amtlichen Statistiken seien immer schändlich gefälscht“* und *„durch derlei Fälschungen sei die Zahl der Deutschen in Böhmen fast um eine Million erhöht“* worden. Gegenüber diesen Lügen wollen wir nur darauf verweisen, was ein Tscheche selbst über die tschechischen Minderheiten schreibt, nämlich Dr. Antonin Bohac im ersten Aufsätze des Werkes *„Das böhmische Volk“*, herausgegeben von dem Tschechen Zdenek Tobolka; dort lesen wir: *„Die Zahl der böhmischen (soll heißen tschechischen) Inseln in den böhmischen Ländern außerhalb der zusammenhängenden Siedlungen ist gering. Soweit es sich um die autochthone böhmische (tschechische) Bevölkerung handelt, fallen sie nahezu gar nicht ins Gewicht.“* Die Unwahrheit der tschechischen Behauptung wird aber besonders durch die Gemeindewahlen 1919 und die Wahlen in die Nationalitätenversammlung 1920 bewiesen; denn bei letzteren entfielen von insgesamt 3408989 gültigen Stimmen 1160767 = 34% auf die Deutschen. Und damit ist auch das Märchen von den Fälschungen der früheren amtlichen Statistiken erledigt. Denn statt etwa 25% nach tschechischer Darstellung, bildeten die Deutschen auch jetzt noch über ein Drittel der Bevölkerung. Auch die in der Denkschrift aufgestellte Behauptung, die Deutschen seien immer gegen das allgemeine Wahlrecht gewesen, weil sie fürchteten, dadurch *„in Gemeinden, wo sie die Herrschaft hätten, in die Minderheit zu geraten,“* wird durch Wahlergebnisse widerlegt. Die Zahl deutscher Gemeinden, die bei den Gemeindewahlen eine tschechische Mehrheit erhielten, ist sogar im Bergbaugebiet verschwindend klein; denn von 93 Gemeinden der in Betracht kommenden 5 Bezirke, die von den Tschechen als Hochburg ihrer Minderheit bezeichnet werden, haben die Tschechen nur in 12 die Mehrheit.

In **III. Abschnitt** werden die **„wirtschaftlichen Gründe“** für die Angliederung der deutschen Gebiete an die Tschechoslowakei geltend gemacht: Einerseits der Reichtum dieser Landfläche an Kohle, Rohstoffen und Industrie, andererseits die *„sehr engen Beziehungen mit dem Mittelpunkte Böhmens, mit Prag, der Hauptstadt“*, und die vielen wirtschaftlichen Zusammenhänge zwischen den industriellen deutschen Randgebieten und dem agrarischen tschechischen Tiefland. Wenn auch in diesem Abschnitt manche Wahrheit festgehalten wird, so ist darauf zu verweisen, daß viele deutsche Industriestädte weit mehr Verbindungen mit dem Deutschen Reiche als mit Prag hatten, daß besonders die Wechselbeziehungen zwischen Deutschböhmen und Sachsen immer sehr starke waren, und der Böhmerwald nach Oberösterreich, ganz Mähren, besonders sein Süden, nach Wien,

die Slowakei nach Budapest und nicht nach Prag gravitierten. Festgehalten muß aber für immer folgender Satz dieses Abschnittes werden: „*Während des Krieges hat sich der Widerstand der Tschechen gegen die Deutschen vor allem in der Weigerung der tschechischen Bevölkerung geoffenbart, die deutschen Bewohner der deutschen Gebiete Böhmens zu verpflegen, die darunter entsetzlich litten.*“ Mit geradezu zynischer Offenheit gestehen hiermit die Tschechen die absichtliche Aushungerung deutscher Gebiete; und daran hat sich trotz der Einverleibung nichts geändert.

Im Zeitalter der allgemeinen Abrüstung, der Völkerversöhnung, des dauernden Weltfriedens sich auf „**Strategische Gründe**“ zu berufen, wie dies im **IV. Abschnitt** geschieht, muß etwas merkwürdig anmuten. Und dann haben diese Gründe nur für Böhmen einige Bedeutung, denn Mähren, Schlesien und die Slowakei liegen für einen Angriff offen da. Die Tschechoslowakei in ihrer geradezu unnatürlichen Gestalt kann kein Bollwerk gegen Deutschland sein, zumal wenn die Grenzbevölkerung von etwas ganz anderen erfüllt ist als von Liebe und Treue zum Staate.

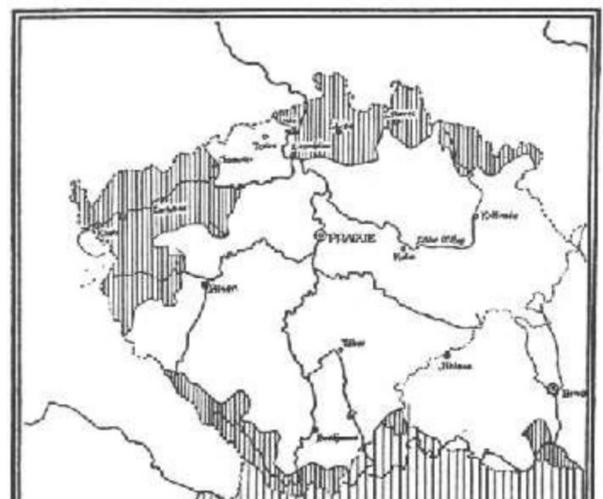
Der **V. Abschnitt**, mit dem Titel „**Politische Gründe**“ tischt all die Märchen und Legenden auf, über welche die tschechische Rüstkammer verfügt, und die auch der „große Ethiker“ Masaryk wider besseres Wissen des öfteren gebrauchte: die Deutschen in Böhmen seien nur Kolonisten oder Abkömmlinge von Kolonisten, die Habsburger hätten sich ihrer seit 1620 bedient, „um die tschechischen Länder völlig zu germanisieren“, die Wiener Regierung habe auch im 19. und 20. Jh. immer für die Deutschen gearbeitet, „die sogenannten deutschen Städte haben sich rasch in tschechische Städte verwandelt“: „die Tschechen aber haben während des ganzen 19. Jh. tatsächlich dank den demokratischen Ideen, die früheren deutschen Gebiete schrittweise tschechisiert“. Es hieße den Märchenerzählungen dieses Abschnittes zu viel Ehre antun, wolle man all diese Lügen abermals widerlegen. Die Deutschen und ihre Kulturarbeit durch mehr als ein Jahrtausend können die Tschechen niemals wegleugnen, sie müßten denn all ihre schönsten Bauwerke niederreißen, die meisten ihrer Städte zerstören, ihre Hochschulen sperren, die Bergwerke verfallen lassen – denn dies alles, alles ist deutschen Ursprungs, ist Ergebnis deutscher Arbeit!

Der **VI. Abschnitt** bringt uns den Beweis, daß die Tschechen nicht bloß durch lügenhafte Darstellungen ihren Staat in seiner jetzigen Größe aufgebaut haben, sondern auch mit Hilfe eines Wortbruches. Dieser Abschnitt ist voll von Versprechungen über die künftige Behandlung der Deutschen. Versprochen wird, über das Minderheitenrecht der zwischenstaatlichen Bestimmungen hinauszugehen, und den Deutschen alle ihnen zukommende Rechte zu geben. Wörtlich erklärt wird unter anderem: „Die Sprache der Minderheit wird überall zugelassen sein. Die Tschechen denken keineswegs daran, den der deutschen Bevölkerung ihre Schulen, ihre Universitäten, ihre technischen Schulen zu unterdrücken. Die deutsche Sprache würde zweite Landessprache werden, und man sich niemals einer verräterischen Maßnahme gegen den deutschen Bevölkerungsanteil bedienen.“ Wunderschöne Versprechungen! Wie sie eingehalten werden, beweisen die Entlassung deutscher Beamter, das Herunterreißen deutscher Ausschristafeln; die Abweisung deutscher Eingaben von Seite der Gerichte, die Auflassung von fast 1000 deutscher Schulklassen, die Knebelung der Prager deutschen Universität, die Hochverratsprozesse gegen viele Deutsche, die Einstellung und Beschlagnahme deutscher Zeitungen, die Nichteinlösung der Kriegsanleihe, die Auflösung deutscher Vereine, die Störung deutscher Feste und Versammlungen, die Behandlung deutscher Rekruten, die Ereignisse in letzter Zeit in Teplitz, Eger, Prag, Asch, Mährisch-Aussee, Proßnitz, Kromau usw. usw.

Der **VII. Abschnitt**, „die Meinungen der Deutschen Böhmens über den tschechoslowakischen Staat“, will der Friedenskonferenz den Beweis erbringen, daß die Deutschen selbst sich für die Einverleibung in den tschechischen Staat ausgesprochen haben. Als Kronzeugen hierfür werden herangezogen ein Aufsatz im „Prager Tagblatt“ vom 30. Oktober 1918, einer des Prager „Montagsblattes“ vom 4. November 1918 und die Entschliebung „einer großen Versammlung deutscher Arbeiter“ am 3. November 1918 in Eger. Diese Versammlung hat aber niemals stattgefunden, sie und ihre angenommene Entschliebung ist glatt erfunden und erlogen! Die Äußerungen des „Montagsblattes“ sind aus einigen Sätzen zweier verschiedener Aufsätze der Zeitung künstlich zusammengeflochten. Die aus dem „Prager Tagblatt“ im Memoire erwähnte Stelle stammt aus dem Leitartikel vom 3. November, nicht 30. Oktober, und ist gleichfalls aus dem Zusammenhange gerissen und zweckdienlich hergerichtet. Ein Lächeln muß es jedem Sudetendeutschen abnötigen, wenn das „Prager Tagblatt“, als „eines der radikalsten und nationalistischen deutschen Blätter“ genannt wird, das Blatt, hinter dem keine deutsche Partei steht, das von allen Sudetendeutschen immer und überall als deutsche Zeitung abgelehnt wird.

Der „**Beschluß**“ der ganzen Denkschrift, **Abschnitt VIII.** erklärt, daß das Nationalitätenprinzip nach tschechischer Meinung „dort nicht angewendet werden dürfe, wo es die Unabhängigkeit einer anderen Nation bedroht“. Im ersten Abschnitt wird also das Selbstbestimmungsrecht feierlich angerufen, im letzten verleugnet. Hat nun ein Staat ein Recht auf Bestand, der auf solchen ethischen Grundlagen aufgebaut ist? Die Vertreter der alliierten Mächte, die von den Tschechen so schwer getäuscht und betrogen wurden, wären die Berufenen dazu, die Tschechen zur Einlösung ihres Versprechens zu zwingen; denn man kann nicht annehmen, daß sie stillschweigend ihr Einverständnis dazu gegeben hätten, daß die Versprechen der Tschechen – nur auf dem Papier bleiben.

LES ALLEMANDS DE BOHÈME.



Diese Zeichnung mit stark verkleinerten deutschen Siedlungsgebieten (liniert dargestellt) legte der Fälscher und Betrüger Benes der Entente in Saint Germain vor.

Die unfreundliche Republik!

Auch während der Regierung mit FPÖ-Beteiligung gab es keine objektive Geschichtspolitik!

Ein großer Teil der in der SLÖ aktiven Vertriebenen, bzw. deren Nachkommen und am Vertreibungsthema interessierten Menschen sympathisiert mit der FPÖ. Darum soll nun die FPÖ einer besonderen Betrachtung unterzogen werden, was von dieser Partei in den vergangenen eineinhalb Jahren getan wurde. Nicht um aktuelle tagespolitische Themen geht es hier, sondern um zwei bestimmte Politikfelder, nämlich Bevölkerungspolitik und Geschichtspolitik.

Für die Politik solle es selbsterklärend sein, das Heimatrecht der einheimischen, altansässigen, fast zur Gänze urdeutschen Bevölkerung Österreichs an erste Stelle zu setzen und zu sichern. Das ist wichtiger, als alle anderen Politikfelder. In der Bevölkerungspolitik hat es in den letzten Jahrzehnten aber eine äußerst negative Entwicklung gegeben. Eine massive Einwanderungswelle hat zu einem Migranten-Bevölkerungsanteil von ca. 25% geführt, das sind fast 2 Millionen Migranten. Sie kamen zumeist als Gastarbeiter oder zum geringeren Teil als Asylanten mit zunächst zeitlich beschränktem Aufenthaltsrecht, aber rasch wurden die gesetzlichen Bestimmungen aufgeweicht und heute haben wir es mit einem Mechanismus aus Einwanderung, Einbürgerungen, Familiennachzug, Vermehrung durch Geburten zu tun, der generiert noch mehr Einwanderung, noch mehr Einbürgerungen, noch mehr Familiennachzug, noch mehr Geburten, eine Spirale die sich immer schneller dreht! Dabei wächst die Migrantenbevölkerung – fast alle vom Osten, Balkan und Orient - rasant, sie explodiert förmlich, während die Zahl der einheimischen, deutschen Bevölkerung Österreichs ständig kleiner wird. Noch katastrophaler sind die Aussichten, wenn man den Altersdurchschnitt von Einheimischen und Migranten vergleicht. Je jünger die Altersgruppe, desto größer der Migrantenanteil. Bei den Geburten ist er am höchsten und auch z.B. in den Wiener Schulen sind schon 60% der Schüler Migranten. Von Jahr zu Jahr steigt dieser Anteil. Sind die Politiker nun von dieser Entwicklung überrascht und wurde sie nicht gewollt? Im Gegenteil, denn da mußte man ja annehmen, sie würden nicht mal Grundrechnungsarten beherrschen.

Die wissen genau was sie tun und sie wollen es so. Politik und Medien behaupten, dieser Weg sei wegen demographischer Probleme alternativlos, doch ein Blick auf Nichteinwanderungsländer wie z.B. auf das hochentwickelte, demokratische Japan, das dieselben demographischen Probleme hat (Überalterung, wenig Geburten), aber wo Einwanderung fast unmöglich ist, zeigt, daß es eine Alternative gibt.

Hat die einheimische Bevölkerung überhaupt eine Zukunft? Definitiv nicht, schon zur Mitte dieses Jahrhunderts wird die einheimische Bevölkerung in der Minderheit sein. Diese Entwicklung ist so gewollt und nicht nur auf unser Land beschränkt, derselbe politische Irrsinn – der Bevölkerungsaustausch - findet in allen westeuropäischen Ländern statt. Wo ist eigentlich die ethische und moralische Legitimation so einer extremistischen Politik, die einen Kulturbruch bedeutet? Was für ein selbstzerstörerischer Antrieb leitet die wortführende Schicht? Und warum läßt sich die einheimische Bevölkerung diese Politik gefallen und steht nicht auf für ihr Heimatrecht und ihre Zukunft? Eine kaum zu beantwortende Frage. Man kann es dadurch erklären, daß die Menschen von einer von den Mächtigen und Meinungsmachern dieses Staates verordneten xenophilen Geisteshaltung beeinflusst werden, die hier auch noch im Abschnitt Geschichtspolitik beschrieben wird. Aber dennoch muß man leider am politischen Verstand einer sehr großen Zahl von einheimischen Mitbürgern zweifeln.

Der Sprachgebrauch bestimmt das Denken. Wenn Medien und Politik bestimmte Begriffe konsequent neu verwenden und andere weglassen, so hat das mittel- und langfristig Auswirkungen auf das Bewußtsein in der Bevölkerung. Hinsichtlich der Bevölkerungspolitik ist es besonders der inflationär verwendete Begriff „*Integration*“ von entscheidender Bedeutung. Alles ließe sich „*integrieren*“, es sei nur eine Frage von Zeit, Geld und Geduld, es müsse um jeden Preis weiter voran getrieben werden. Leider hat auch die türkisch-blaue Regierung keine grundsätzlichen Änderungen gegenüber Vorgängerregierungen vorgenommen. Außer was die illegale Migration betrifft. Die wurde relativ erfolgreich bekämpft. Es wurde auch immer betont man werde die illegale Migration bekämpfen, nicht jedoch die sehr viel zahlreichere legale Migration. Laut aktuellen „*Integrationsbericht*“ kamen z.B. letztes Jahr 35000 Migranten – legal, hauptsächlich über das „*EU-Niederlassungsrecht*“ und diverse „*Familienzusammenführung*“! Während sich die Regierung selbst auf die Schulter klopfte, die illegale Migration eingedämmt zu haben. Der legalen Einwanderung stehen weiterhin alle Tore offen, diese Massenvermehrung wurde nicht gehemmt, sondern gefördert. Es ist nicht so, das wir gerettet sind, wenn nur die illegale Migration bekämpft wird. Denn die Migranten, die uns zur Minderheit im eigenen Land machen, sind schon längst da und zwar legal! Da braucht es gar keine Zufuhr von außen mehr! Von der FPÖ muß man erwarten können, daß sie diese Tatsache anerkennt und politisch dagegen auftritt. Das ist aber nicht der Fall! Sudetendeutsche Heimatvertriebene haben schon einmal die Heimat verloren und das droht nun ein weiteres mal zusammen mit der altansässigen deutschen Bevölkerung Österreichs.

In der Geschichtspolitik ist es von zentraler Bedeutung, daß Österreich die Zusammengehörigkeit mit uns Sudetendeutschen und anderen deutschen Heimatvertriebenen anerkennt. Das muß sich dann auch in der Präsenz in Schulbüchern, Medien und öffentlichen Ausstellungen zeigen und in sonstigen Maßnahmen, die das kollektive Bewußtsein unseres Volkes bilden. Hier erwarten wir von der FPÖ größtmögliche Unterstützung. Die Regierungsbeteiligung der FPÖ erweckte Hoffnungen, die aber alle durch totales Versagen und Desinteresse der FPÖ enttäuscht wurden!

Sicher stehen alle geschichtspolitischen Projekte unter der Belastung des etablierten Geschichtsbildes, welches sachlich vielfach falsch und von einer linken Dominanz, Einseitigkeit und Interessenbezogenheit geprägt ist. Es ist in den Macht- und Meinungsbildungsstrukturen dieses Systems felsenfest verankert und wird von dort aus nicht hinterfragt.

Einen demokratischen Meinungsbildungsprozess gibt es bei fast allen gesellschaftlichen Themen, nur nicht an den Säulen der etablierten Geschichtspolitik.

Und damit wird Politik gemacht, wird regiert. Dazu passt ein Zitat aus dem Roman „1984“ von George Orwell:

„Who controls the past controls the future. Who controls the present controls the past.“

Sinngemäß übersetzt: Wer die Geschichtsdarstellung kontrolliert, kontrolliert die Zukunft (des Volkes, des Landes).

Wer in der Gegenwart regiert, kontrolliert die Geschichtsdarstellung. Daran muß man sich erinnern, wenn Politik, Medien und

Multikulti-Lobbyisten zusammen immer die sogenannten „*Lehren aus der Geschichte*“ zitieren.

Aus ihrer antideutschen, fehlerhaften Geschichtsdarstellung ist die zu ziehende „*Lehre*“ dann stets die Politik zur Errichtung der Multikulti/Multiethnischen Gesellschaft als Ersatz für das heimatberechtigte einheimische Volk mittels Bevölkerungsaustauschpolitik und die Entmündigung und Verschmelzung Österreichs in einen EU-Superstaat.

Die Errichtung des „*Haus der Geschichte Österreichs*“ (HdGÖ) war seit dem Jahr 2000 in jedem Regierungsprogramm der jeweiligen Bundesregierungen verankert. Das Geschichte-Museum ist in der Hofburg im Bereich der Neuen Burg am Heldenplatz untergebracht und zeigt seit Anfang November 2018 eine Ausstellung zum 100-Jahr-Jubiläum der Republikausrufung.

Das ist also alles andere als eine kleine bescheidene Ausstellung irgendwo in der Provinz, sondern hier präsentiert die Republik ihr offizielles Geschichtsbild neben einen der berühmtesten Plätze des Landes, in einem der bedeutendsten Gebäude; Sitz des Bundespräsidenten, der Nationalbibliothek (und damit den geschichtlichen Gedächtnis von Land und Volk) und anderer wichtiger Institutionen. Hier muß man erwarten und notfalls einfordern, daß die Sudetendeutschen mit einem angemessenen Anteil in der Ausstellung vertreten sind! Dies gilt besonders für den ersten Ausstellungsraum „*Hoch die Republik*“ der sich mit der Zeit Republikgründung bis zum Vertrag von Saint Germain befasst. Fast der ganze Saal erweckt den Eindruck, als würde mit Deutschösterreich nur das Gebiet des heutigen Österreich gemeint sein. Auf allen Schautafeln und Vitrinen sucht man vergebens eine Karte die den geographischen Begriff Deutschösterreich zeigt. Oder auch nur das Wort Sudetendeutsch oder Böhmen oder sonst Infos mit dementsprechenden Bezug, z.B. 4. März 1919. In einer Ecke des Saales steht wie zum Wegbringen vorbereiteter Ramsch auf einen Rollwagen eine weiße Stellwand mit einer zwar großen, aber sehr unleserlichen Karte. Dazugelehnt sind mehrere Tafeln die man nehmen und wenden muß um wenigstens über Kärnten, Burgenland, Vorarlberg, Steiermark und Südtirol informiert zu werden.

Und eine kleine trübe Karte die ungefähr das deutsche Siedlungsgebiet zeigt findet sich darauf doch noch. Ohne Ortsnamen. Man hätte das alles sehr viel übersichtlicher und informativer gestalten können. Platz wäre genug da gewesen, aber der politische Wille fehlt. Welches Drama Saint Germain und der Verzicht auf ein mehr als ein Drittel seiner deutschen Bevölkerung und das Verbot des Anschlusses an das Deutsche Reich für das Volk von Deutschösterreich bedeutete, wird zwar knapp erwähnt aber überhaupt nicht in angemessener Breite veranschaulicht, wie es ehrliche Geschichtsdarsteller getan hätten um die Befindlichkeiten der Menschen von damals zu beschreiben. Geschichtliche Fakten müssen vor der geschichtspolitischen Interessenlage zurückweichen. Schon in diesem Ausstellungsraum verbannt die heutige Republik das Sudetenland aus Österreich. Im Saal der Geschichte nach 1945 wird auf Tafeln auf „*Lager für Flüchtlinge und Umgesiedelte*“ informiert. 90% des Inhaltes handelt von den „*Displaced Persons*“ also zumeist Überlebenden von Konzentrationslagern, die Bezeichnung „*Heimatvertriebene*“ oder „*Sudetendeutsche*“ sucht man vergebens, ebenso irgendwelche Angaben über deren Anzahl der Vertriebenen oder politische Umstände der Vertreibung. Von „*Volksdeutschen*“ ist die Rede, aber nur sehr negativ dargestellt. Es ist natürlich eine absolute Sauerei und eine Verhöhnung, daß der Begriff „*Umsiedlung*“ anstelle von „*Vertreibung*“ gewählt wurde. Das ist der kommunistische Sprachgebrauch, wie er in der DDR üblich war und bei ähnlichen linken Kreisen, die noch heute mit den Verbrechen der slawischen Vertreterstaaten sympathisierten. In der DDR durfte nicht von „*Vertreibung*“ gesprochen werden, die 4 Millionen ostdeutschen Vertriebenen dort (davon rund 1 Million Sudetendeutsche) durften sich auch nicht organisieren, etliche von ihnen landeten im Gefängnis. Zustände die sich viele Linke sich heute noch wünschen würden. Eine „*Umsiedlung*“ ist etwas geordnetes, Umsiedler kommen von einem Siedlungsgebiet in ein anderes. Vertriebene werden beraubt und einfach nur aus ihrer Heimat gejagt, ohne das die Vertreiber ihnen neues Siedlungsgebiet zur Verfügung stellen. Viele starben bei der Vertreibung, die Überlebenden mußten jahrelang in Lagern, in Scheunen, auf Dachböden, etc hausen. Der politisch instrumentalisierte Terminus „*Umsiedler*“ reduzierte die Vertreibung auf eine „*Umsiedlung*“. Der offizielle Begriff sollte die Unfreiwilligkeit sowie das erlittene Leid und Unrecht ausblenden und damit auch die Verbrechen der „*sozialistischen Bruderstaaten*“ und der Alliierten negieren. Zugleich verleugnete er die Verbindung zur alten Heimat. Der Terminus „*Umsiedler*“ war damit Teil der Tabuisierung von Flucht und Vertreibung in der SBZ/DDR. Übrigens auch der Begriff „*Neubürger*“, wie er heutzutage für eingebürgerte Migranten verwendet wird, entstand im DDR-Sprachgebrauch. Gegen diesen Inhalt der Ausstellung muß schärfster Protest erhoben werden, und jeder Heimatvertriebene ist an dieser Stelle aufgefordert, dies dort bei diesen linken Geschichtsentstellern zu tun!

Das HdGÖ wurde in der Zeit der türkis-blauen Koalition eröffnet, aber keiner der FPÖ-Verantwortlichen dürfte sich die Ausstellung überhaupt angesehen haben. Die ranghöchsten FPÖ-Vertreter im Staat waren Hr. Strache als Vizekanzler und Fr. Kitzmüller als 3. Nationalratspräsidentin. Beide saßen auch im fünfköpfigen Team der Partei bei den Koalitionsverhandlungen. Sie hätten sicherlich Einfluß gehabt, haben ihn aber nicht genutzt. Es findet sich auch keine einzige Presseaussendung oder ein Zeitungsartikel mit Kritik an der Ausstellung. Es hat sie einfach nicht interessiert. Auch die Einsetzung des Hr. Fischer als Koordinator der Veranstaltungen des Gedenkjahres ist das Werk dieser Regierung. Fischer ist nun jemand, der für eine fast schon radikal antideutsche Sichtweise der Identität Österreichs bekannt ist. In einem Zeitschriftenartikel behauptete er, es hätte nach der Gründung der ersten Republik keine Verhandlungen über den Anschluß Deutschösterreichs an Deutschland gegeben...

Eine völlig substanzlose Behauptung. Es gab 2 Anschlußerklärungen, es gab den Beobachtungsstatus österr. Abgeordneten bei den Weimarer Verfassungsausschußsitzungen, die gemeinsame Erklärung der Außenminister Brockdorff-Rantzau und Bauer etc. Der damalige sozialdemokratische Außenminister Otto Bauer würde angesichts solcher Geschichtsm Manipulation im Grab rotieren. Er trat zurück, weil der Anschluß nicht vollzogen werden konnte. Aber der Hr. Fischer ist das typische Beispiel eines Politikers dieses Staates, die sich mit verschiedensten Aussagen und Aktionen bemühen, daß ein Geschichtsbild konstruiert wird, bei dem es nicht auf die objektive, unvoreingenommene historische Wahrheit ankommt als vielmehr darauf, daß es „*volkspädagogisch erwünscht*“ ist, wie der Publizist Golo Mann es einmal bezeichnet hat.

Die FPÖ ist in der Geschichtspolitik bis zur Selbstaufgabe völlig eingeknickt. Diese Rückgratlosigkeit und feige Anpassung merkte man besonders bei Hr. Straches Ansprachen zum 8. Mai 2018 und 2019, die auf seiner Facebookseite ansehbar sind:

<https://www.facebook.com/HCStrache/videos/vb.74865038590/1072438559564079/?type=3&theater> *

Die Rede zum 8. Mai 2019 war inhaltlich identisch. Kein einziges Wort von Vertreibung und den volksdeutschen Vertriebenen von dem Mann, der Wählerstimmen von Heimatvertriebenen für seine Partei als selbstverständlich ansieht und selber teilweise von Vertriebenen abstammt...

IM GLEICHSCHRITT – AUSGELÖSCHT

Der Gleichschritt, in dem die Welt im „Großen Krieg“ ab 1914 marschiert, prägt Zentraleuropa. In den Jahren und Jahrzehnten danach kommt es zu einer Welle der Demokratisierung. Gleichzeitig erfahren autoritäre Ideologien, ob „rechts“ oder „links“, massenhaft Zulauf. Sie spalten die Gesellschaften, die sich zunehmend militarisieren. Wer sich dem Gleichschritt in den Diktaturen der Sowjetunion und des „Dritten Reichs“ entgegenstellt, wird als Staatsfeind verfolgt und ausgelöscht.

Der Zweite Weltkrieg wird im Osten Europas als rassistischer Vernichtungskrieg gegen die gesamte Bevölkerung geführt. Der Krieg erfasst alle Lebensbereiche. Industrie, Gewerbe und Landwirtschaft werden auf Kriegswirtschaft umgestellt. Millionen kämpfen und fallen im Krieg, Millionen verschwinden in Lagern und Gefängnissen, Millionen werden Opfer der NS-Rassenpolitik und kommunistischer Verfolgung. Die Folgen des Zweiten Weltkrieges und der totalitären Regime wirken in den Gesellschaften Zentraleuropas bis heute nach.

Enthemmter Geschichtskrieg im
„Kampf gegen Rechts“
im „Haus der Geschichte“ St. Pölten

Ein Jahr vor dem HdGÖ in Wien öffnete das HdGÖ St. Pölten seine Pforten, mit Schwerpunkt der Geschichte Niederösterreichs. Wer gehofft hatte, wenigstens das eng verwandte Südmähren würde von den sudetendeutschen Gebieten mit in Betracht gezogen werden, der wurde enttäuscht. Eine zeitlich begrenzte Sonderausstellung zum Leben der Vertriebenen nach 1945 gab es mit dem Titel „Langsam ist es besser geworden“. Gestaltet vom „Zentrum für Migrationsforschung“ und dessen politischer Absicht, einen Zusammenhang von der Vertreibung der Deutschen aus deutschen Siedlungsgebiet Ostmitteleuropas mit den sogenannten „Flüchtlingen“ der Gegenwart herzustellen, die von Schlepperorganisationen mit Duldung und Förderung der Regierungen europäischer Staaten quer über die halbe Welt nach Europa geschleust werden. Aber in der Dauerausstellung ist von den Heimatvertriebenen und vom Sudetenland überhaupt nichts zu sehen. Stattdessen wird die etablierte Geschichtsdarstellung dargestellt, wobei man auch radikalste Formulierungen verwendet. So wird behauptet, der Krieg wurde als rassistischer Vernichtungskrieg gegen die gesamte Bevölkerung Osteuropas geführt. Nun ist die NS-Vernichtungspolitik gegenüber den Juden eine historische Tatsache, aber nun zu behaupten, die gesamte Bevölkerung Osteuropas sollte vernichtet werden ist eine hemmungslose Übertreibung, die man als Propagandaphrase im „Kampf gegen Rechts“ werten sollte. So wird Geschichte manipuliert... Daß solche Behauptungen auf Kosten wissenschaftlicher Seriosität gehen, dürfte die Veranstalter überhaupt nicht stören. Zuwenige Menschen interessieren sich mehr als oberflächlich für Geschichte und die meisten glauben das, was sie in den Medien und den Schulen dazu hören.

Im Juni 2018 hielt im Haus der Heimat Prof. Rathkolb ein Referat über „die Bedeutung der Geschichte des 19. und 20. Jahrhunderts für uns“. Dabei betonte er, daß die Geschichte der Heimatvertriebenen in den Schulen viel zu wenig thematisiert wird und in der öffentlichen Wahrnehmung kaum vorhanden ist. Aus seinem Munde sind das widersprüchliche Worte, denn ER ist Leiter des wissenschaftlichen Beirates des HdGÖ und somit mitverantwortlich für die Gestaltung der Ausstellung und der darin getätigten Entfernung der Geschichte des Sudetenlandes und der Heimatvertriebenen!!! Am Schluß seiner Rede bekam er noch die Silberne VLÖ-Ehrendnadel für angebliche „Verdienste“ überreicht. Diese Praxis des VLÖ-Vorstandes (Verband der deutschen altösterreichischen Landsmannschaften in Österreich) betraf auch zB. Alt-Landeshauptmann von Niederösterreich Erwin Pröll, der die goldene Ehrendnadel erhielt. Er, der sich niemals auf unseren jährlichen Heimattag in Klosterneuburg sehen läßt und die Heimatvertriebenen im „Haus der Geschichte“ St. Pölten unerwähnt läßt. Auf die Gestaltung des HdGÖ St. Pölten hätte er sicher Einfluß. Scheinbar hofft der VLÖ-Vorstand, mit der Auszeichnung würden diese Personen Einsatz für die Heimatvertriebenen doch noch leisten. Das Gegenteil könnte der Fall sein, diese Personen wissen, sie haben nichts zum Wohl der Heimatvertriebenen gemacht und werden trotzdem ausgezeichnet.

Für das Märzgedenken dieses Jahres wurden wir von den Nationalratspräsidenten Sobotka und Kitzmüller eingeladen, es auf dem Dachboden der Hofburg abzuhalten. Diese beiden Politiker hielten zusammen mit den Historiker Höbelt, SLÖ-Bundesvorsitzenden Zeihsel und VLÖ-Generalsekretär Kapeller die Festansprachen. Die Benes-Dekrete kamen kaum zur Sprache, was die leider eingeladenen, anwesenden Vertreter der tschechischen Botschaft sehr gefreut haben dürfte. Eine insgesamt gelungene Veranstaltung wenn man es so sehen will. Jedoch grotesk wenn man bedenkt, daß zur gleichen Zeit auf der anderen Seite der Hofburg Besucher, Schulklassen, Touristen durch das HdGÖ geführt werden und nichts vom Sudetenland und den Heimatvertriebenen erfahren. Damals haben sich die leitenden Funktionäre von SLÖ und VLÖ noch gar nicht für das HdGÖ interessiert, obwohl sie darauf aufmerksam gemacht worden sind! Das HdGÖ hatte schon am Eröffnungswochenende 8500 Besucher. Heute 10 Monate später ist die Besucherzahl wahrscheinlich schon sechsstellig! Eine sechsstellige Zahl desinformierter Besucher!

Dann wäre da noch die Sache mit den Wegweisern, der Beschilderung auf den Straßen. Im Gedenkjahr wäre es eine schöne Geste gewesen, endlich die fremdsprachigen Beschilderungen durch deutsche zu ersetzen. Dazu gibt es eine Resolution der SLÖ vom April dieses Jahres, in der eine zweisprachige Beschilderung für zB. Brünn, Prag und Preßburg verlangt wird. Aber es wurde auch schon im Januar per Mail bei Verkehrsminister Hofer angefragt. Vier Wochen darauf antworteter ein Beamter aus dem Ministerium „Die Regelung des §53 Abs. 2 StVO ist auf eine Bestimmung des Wiener Übereinkommens über Straßenverkehrszeichen 1968 zurückzuführen, eines völkerrechtlichen Vertrages, welchen Österreich mit Wirksamkeit vom 11. August 1982 ratifiziert hat“.

Irgendwelche Bemühungen hier eine Verbesserung herbeizuführen sind allerdings nicht bekannt. Am 15. Juli wurde beim Übergangs-Verkehrsminister Reichhardt nochmals nachgefragt, immerhin Burschenschafter und Ex(?) -FPÖ Mitglied. Antwort gab es keine.

Was haben wir sonst noch geschichtspolitisch von der FPÖ zu berichten? Zur Zeit des Präsidentenwahlkampfes im September 2016 besuchte Norbert Hofer den tschechischen Präsidenten Zeman. Zum Thema Benes-Dekrete sagte er: „Wir waren uns einig, daß die beiden Länder eine unterschiedliche Sicht auf diese Dinge haben, daß wir aber uns um die Zukunft kümmern müssen.“ Genau den selben Inhalt könnten Aussagen der Politiker aller anderen Parteien haben, in Österreich genauso wie in der BRD. Wo ist das der Unterschied der FPÖ zu diesen Parteien???

Was wir von links stehenden Parteien zu erwarten haben, sehen wir seit Jahrzehnten an der Geschichtspolitik dieses Landes. Und auch von den auf türkis umgefärbten Schwarzen, die das Unterrichtsministerium leiten und damit für den Geschichtsunterricht in den Schulen verantwortlich sind, welcher inhaltlich so ziemlich mit der HdGÖ-Ausstellung identisch ist. Die FPÖ findet es völlig selbstverständlich die Stimmen der Heimatvertriebenen bei Wahlen zu erhalten. So selbstverständlich, daß sie überhaupt nichts mehr für uns tut. Sicherlich kann man dennoch die FPÖ wählen, wenn man der Ansicht ist, die FPÖ sei immer noch das kleinste Übel, bei der jämmerlichen Auswahl der zur Wahl stehenden Parteien. Ein Herbert Kickl verdient sicher Unterstützung, nachdem er sich als Innenminister so sehr bemüht hat.

Aber man kann am Wahltag auch etwas anderes tun: Der Wahlurne fernbleiben!



Brünn statt „Brno“
auf österreichischen Straßen!

80 Jahre Kriegsbeginn 2. Weltkrieg

Zitat Eugen Gerstenmaier, CDU, Bundestagspräsident 1954-1969: „Was wir im deutschen Widerstand während des Krieges nicht wirklich begreifen wollten, haben wir nachträglich vollends gelernt: Daß der Krieg schließlich nicht gegen Hitler, sondern gegen Deutschland geführt wurde.“ – Frankfurter Allgemeine Zeitung. 21. März 1975

Daß sich der 80. Jahrestag der Kriegsbeginnes jährte, blieb sicher von niemanden unbemerkt. Die Medien trommelten mit einer kaum zählbaren Fülle von Pseudo-„Dokumentationen“, politisch manipulierten Spielfilmen und Berichten von Gedenkveranstaltungen fernab jeder Objektivität, in gewohnter antideutscher Einigkeit und Einseitigkeit. Dabei wurden wieder zahlreiche Fakten unerwähnt lassen, bzw. manipuliert um das gewünschte Geschichtsbild herzustellen. Darum soll an dieser Stelle in Kürze über das Schicksal der deutschen Minderheit in Polen und den polnischen Ansprüchen auf Ostdeutschland informiert werden. Nach Versailles und Saint Germain gerieten die deutschen Minderheiten in allen Staaten unter Druck.

Das Sudetendeutsche Schicksal kennen wir. Den stärksten Druck waren die Deutschen in Polen ausgesetzt.

Das östliche Deutschland war die längste Zeit seiner Geschichte ganz überwiegend deutsch besiedelt von der Frühgeschichte germanischer Stämme bis 1945. Die einzige Ausnahme bildete der Zeitraum vom 7. bis zum 12. Jahrhundert als hauptsächlich slawische Stämme in auch für damalige Verhältnisse geringer Zahl dort siedelten. Polnischer Könige lagen mit ihren slawischen, nach Deutschland orientierten Nachbarn im Streit was letztendlich auch zum Gebietsverlust führte. Außerdem setzten die polnischen Könige ab dem 14. Jh. ganz neue Prioritäten und expandierten in den folgenden Jahrhunderten ihr Land nach Osten gegen Rußland. So weit bis Polen bis fast nach Moskau reichte. Dann schlug Russland zurück was letztlich in den Teilungen Polens durch Rußland mit Beteiligung Preußens und Österreichs mündete.

Die Alternative zur Teilnahme Preußens und Österreichs wäre nicht die Rettung des an seiner eigenen Struktur innerlich auseinanderbrechenden polnischen Staates gewesen, der schon vorher auf das Niveau eines russischen Protektorates herabgesunken war, sondern gänzliche Übernahme Polens durch Rußland, welches damit nach Mitteleuropa vorgedrungen wäre. Rußland annektierte schlußendlich auch 80% des polnischen Staates. Preußen erhielt die Provinzen Westpreußen und Posen, zwei Provinzen die zusammen etwa zur Hälfte deutsch und polnisch besiedelt waren (Westpreußen mehr deutsch, Posen mehr polnisch); ein Zahlenverhältnis, das sich von nun an in über hundert Jahren unter preußisch/deutscher Verwaltung bis zum Verlust dieser Gebiete 1919 zugunsten der Polen kaum verändern sollte, wie die Ergebnisse von Volkszählungen beweisen.

Es ist verständlich, daß das Verschwinden ihres Staates Ende des 18. Jh. für die Polen ein geschichtliches Trauma darstellte, mit dessen Ergebnis man sich nicht abfinden wollte. Die Vorgeschichte des Landraubes Ostdeutschlands und der Vertreibung seiner deutschen Bewohner von 1945 durch Polen beginnt damit, in welcher Weise in der Zeit nach den polnischen Teilungen während des 19. Jh. von großen Teilen der polnischen Intelligenz über eine Restauration des polnischen Staates nachgedacht wurde.

Eben erst hatte man den eigenen Staat verloren – woran der eigene Adel nicht unwesentlich Schuld daran trug -, schon entwickelten einige Leute phantasievolle Vorstellungen eines neuen, noch größeren Staates. Und dabei erinnerte man sich auch wieder an das Land, daß der polnische Staat schon in seiner Anfangsphase nie dauerhaft besessen und bald verloren hatte, die so genannten „Westgebiete“, also Ostdeutschland, wofür sich zuvor 500 Jahre lang niemand in Polen interessiert hatte.

Daraus entwickelte sich der „Westgedanke“, eine Bewegung die den Wunsch vertrat diese Gebiete wieder zu besitzen.

Vielleicht war es die Reiseliteratur, die den Anfang machte. Sie brachte der polnischen Öffentlichkeit überhaupt erst wieder die Existenz slawischer Minderheiten besonders in Schlesien und Ostpreußen, zur Kenntnis. Dichter, Philosophen, Mystiker, Romanschreiber nahmen Ostdeutschland als Objekt ihrer Ansprüche in Visier. Dichtungen, literarische Analysen und Grenzlandromane mit antideutscher Tendenz entstanden. Geistliche beklagten (nicht immer zu Unrecht) die Benachteiligung der katholischen Religion in Preußen/Deutschland der die polnischen Brüder besonders ausgesetzt seien. Sprachwissenschaftler und Volkskundler versuchten den polnischen Charakter des Landes zu belegen.

Das ein Großteil Ostdeutschlands niemals von Polen, sondern, wenn überhaupt slawisch, dann von anderen Slawen besiedelt war störte sie dabei nicht besonders. Slawisch wurde der Einfachheit halber mit polnisch gleichgesetzt, Polen gleichsam zum Erbberechtigten aller bestehenden und verschwundenen westslawischen Stämme erklärt. Geographen wiesen auf die strategische Funktion natürlicher Grenzen entlang von Flüssen oder Gebirgszügen hin. Dies sei im Norden die Ostsee und im Westen der Lauf des Flußes Oder den die Polen anstreben müßten. Sie ergänzten sich dabei mit Historikern die die Geschichte Polens neu deuteten, den historischen Weg der letzten 500 Jahre, die Ostexpansion, als Irrweg verdammt, plötzlich Preußen-Deutschland als den „tausendjährigen Feind“ brandmarkten, und Politikern, die daraus letztlich konkrete politische Programme und Konzepte zur „Wiedergewinnung der Westgebiete“ erstellten.

Ironischerweise geschah das besonders nach dem gescheiterten Aufstand der Polen gegen Russland im Jahr 1863.

Über dieses Kapitel ist das Buch von Roland Gehrke empfehlenswert:

„Der polnische Westgedanke bis zur Wiedererrichtung des polnischen Staates nach Ende des Ersten Weltkrieges“.

https://www.herder-institut.de/fileadmin/user_upload/pdf/vergriffene_Publikationen/Studien_8_Gehrke.pdf *

Es kam der 1. Weltkrieg, an dem Polen auf beiden Seiten der Front kämpften.

Es kam Versailles, wo eine polnische Delegation forderte und forderte und in der Gestalt eines Roman Dmowski über ethnographische Fakten ebenso log, wie Benes bei den Tschechen. Beide fanden in Clemenceau, dem französischen Ministerpräsidenten und Präsident der Konferenz einen teuflischen Verbündeten und Handlanger! Westpreußen und Posen fielen zu 90% an Polen, damit ein Zugang zur Ostsee geschaffen werden konnte. Damit fielen dort 1,2 Millionen Deutsche unter polnischer Herrschaft, insgesamt 2,2 Millionen im ganzen Staat. Aus den Resten schuf Deutschland die Provinz Grenzmark Posen/Westpreußen als trotziges Symbol dafür, daß der Anspruch auf die deutschen Gebiete der alten Provinzen niemals aufgegeben werden sollte. Danzig wurde aus Deutschland herausgelöst und „Freie Stadt“ wieder Willen unter der Kontrolle des Völkerbundes und mit zahlreichen Sonderrechten der Polen. Die von Polen so umworbenen polnischen und slawischen Minderheiten Ostdeutschlands wollten von Polen nichts wissen. Das Gebiet der masurischen Minderheit Ostpreußens entschied sich bei der Volksabstimmung 1920 unter alliierter Kontrolle zu 98% für den Verbleib bei Deutschland.

Vier Kreise Westpreußens in denen die Abstimmung zugelassen wurde (Marienburger Abstimmung) stimmten zu 90% für Deutschland. In Oberschlesien betrug dieser Anteil bei der Abstimmung 1921 60%. Dort wo die alliierten Mächte demokratische

Volksabstimmungen zuließen waren die Ergebnisse überall Siege für Deutschland! Die Polen Oberschlesiens begannen mit bewaffneten Terror was mit der Teilung Oberschlesiens durch die Westmächte endete.

Polen waren überzeugt, durch Versailles nicht genug bekommen zu haben. Auch nicht im Osten. Dort überfiel es 1919-21 die um Unabhängigkeit kämpfende Ukraine und nach deren Niederlage die bürgerkriegsgeschwächte Sowjetunion. Nach dem glücklichen Ende dieses Krieges verdoppelte sich Polens Territorium, obwohl es in Versailles mit der Curzonlinie an der ethnographischen Ostgrenze Polens (ungefähr die heutige Ostgrenze Polens) hätte enden sollen. Dieser Landgewinn Polens war eine Katastrophe – für DEUTSCHLAND, denn nach dem 2. Wk. konnte die Beute „Ostpolen“ in der kaum 10% der Bewohner Polen waren gegen Ostdeutschland eingetauscht werden, was man heutzutage „Westverschiebung Polens“ nennt!

Der neue polnische Staat hatte laut offiziellen Zahlen 30% Minderheiten, in Wirklichkeit an die 45%. Deutsche, Juden, Ukrainer und Weißrussen als die größten Minderheiten erkannten bald ihr gemeinsames Schicksal durch die minderheitenfeindliche Politik in diesem Staat und schlossen sich 1922 zum Minderheitenblock zusammen. So konnten sie rund 20% der parlamentarischen Sitze erringen, mehr war wegen der minderheitenfeindlichen Wahlkreiseinteilung nicht möglich. Sprecher des Minderheitenblockes wurde der deutsche Abgeordnete Eugen Naumann. Besonders gegenüber Ukrainern und Deutschen zeigte sich die Feindseligkeit des polnischen Staates. Die große Zahl der Ukrainer konnte man schlecht vertreiben, bei den Deutschen war es einfacher. Minderheitenschutz mußten die Polen dem Vertrag von Versailles nach in die Verfassung aufnehmen, doch er wurde vielfach ausgehöhlt und nicht eingehalten. Es gab eine große Anzahl von „Kann-Gesetzen“, deren Auslegungssache polnischen Behörden oblag, die stets minderheitenfeindlich handelten. Die Deutschenanzahl in Westpreußen und Posen bis sank bis 1926 von 1,2 Millionen auf 350000. Aus Ostoberschlesien wiederum waren von den 332771 im Jahre 1922 dort lebenden Deutschen bis 1937 insgesamt 150000 nach Deutschland ausgewandert. Diese Verdrängung u. a. aus dem Grunde möglich gewesen, weil die polnischen Behörden nicht nur gegen Beamte und Militärpersonen, aus anderen deutschen Gebieten Stammende und Optanten, sondern auch gegen den deutschen Landbesitz vorgegangen waren und durch Einziehung von Grund und Boden den landlos gewordenen Bauern, Landwirt oder Ansiedler zur Abwanderung zwangen. Wegen des überwiegend landwirtschaftlichen Charakters des Deutschtums gerade dieses Gebietes war der Kampf um den Boden hier zum beherrschenden Moment geworden. Das Wiederkaufsrecht, „Freijahre“ und „freie Aussaat“, das Vorkaufsrecht, die Auflassungsverweigerung, die Agrarreform, das Grenzzonengesetz und noch vieles mehr waren einige weitere heimtückische Maßnahmen staatlich organisierten Raubes, die hier aus Platzgründen nicht näher beschrieben werden können. Deutsche Städte wandelten sich in kürzester Zeit in polnische, z.B. Thorn und Bromberg, 1910 noch 70% deutsch, wurden mehrheitlich polnisch. Rasch nahmen sich Polen verlassenes deutsches Eigentum. Gegen diesen Bruch des Minderheitenrechtes protestierte die deutsche Regierung beim Völkerbund immer wieder völlig vergebens. Bekannt ist der „Faustschlag von Lugano“, als Außenminister Stresemann 1928 wegen einer Hetzrede des polnischen Außenministers in der Völkerbundsitzung in Lugano heftig auf den Tisch schlug. <https://heimatrecht.wordpress.com/2015/12/15/faustschlag-von-lugano/> *

1926 hatte sich der Stabschef Pilsudski an die Macht geputscht. Er überließ das Regieren seinen Marionetten und leitete eher aus dem Hintergrund. Die Wahlen vom November 1930 wurden vom Terror und Wahlfälschung seiner Anhänger überschattet, der Pilsudski-Block gewann 60% der Stimmen. Der Minderheitenblock, aber auch die polnische Opposition wurden zerschlagen, die Deutschen verloren 14 ihrer 19 Abgeordneten. Unmittelbar nach Unterzeichnung eines polnisch-sowjetischen Nichtangriffspaktes im Juli 1932 trat der polnische Generaloberst Jozef Beck in Erscheinung. Er forderte im Oktober 1932 zweimal Marschall Pilsudski auf zum „Krieg ... für die Befreiung der polnischen Territorien“ (er meinte Ostdeutschland). Den Krieg bekam er damals noch nicht, aber schon am 2. November 1932 wurde er polnischer Außenminister. Das war er auch 1939 bei Kriegsausbruch noch immer! Siehe: <https://heimatrecht.wordpress.com/2012/01/07/polnische-kriegshetze-1932/> * Die fatale territoriale Regelung des Vertrages von Versailles heizte diese Spannungen noch an. So wurde von 1919 an, als die „Freie Stadt“ Danzig unter die Kontrolle des Völkerbundes mit polnischen Sonderrechten gestellt wurde, bis Mitte Mai 1933 allein das Danzig-polnische Problem wegen der ständigen polnischen Rechtsbrüche dem Völkerbundsrat nicht weniger als 106 mal zur Beratung vorgelegt. Polen wurde so oft von internationalen Gremien und Gerichten wegen des Bruchs des Minderheitenschutzvertrages verurteilt, daß es darüber 1934 die Zusammenarbeit mit dem Völkerbund bei der Durchführung dieses Vertrages einstellte (wozu es gar nicht berechtigt war). Zuvor war 1933 schon Deutschland aus dem Völkerbund ausgetreten, so das nun dieses internationale Forum als Anklage wegen Verbrechen gegen Minderheiten ausfiel. Gebracht hat es allerdings ohnehin nicht viel. Das neue NS-Deutschland ging daran, mit Abkommen die Beziehungen zu Polen zu verbessern. Im Januar 1934 wurde ein Nichtangriffpakt und ein Verständigungsabkommen mit Polen geschlossen. Danach wurden alle schlechten Nachrichten aus Polen von der NS-Zensur ausgeblendet. Als es kurz nach Unterzeichnung des Paktes in Posen zu deutschfeindlichen Terror mit zwei toten Deutschen kommt, berichtet die NS-Presse nicht darüber. Auch alle Ostverbände in Deutschland wurden gleichgeschaltet und mußten ihre Berichterstattung über Polen fast ganz einstellen. Auch der Begriff „Ostmark“ wurde neu interpretiert und auf Deutschösterreich angewendet. Im November 1937 erfolgte die beiderseitige Minderheitenerklärung. Doch an der polnischen Praxis hat sich nichts geändert, weiterhin gab es Tote und Abwanderung aus Polen und das offizielle NS-Deutschland schwieg dazu. So nahm die Welt keine Notiz davon. Das republikanische Deutschland hatte immer versucht die Welt aufzurütteln. Im März 1938 kam es zu einer Verwaltungsreform. Die Grenzmark Posen-Westpreußen wurde aufgelöst und an die umliegenden Provinzen angegliedert. Diese scheinbar wenig bedeutende Verwaltungsreform war höchst symbolträchtig. Damit verschwanden die Begriffe Posen und Westpreußen aus dem amtlichen deutschen Sprachgebrauch und das Symbol des Anspruches auf die 1919 verlorenen Provinzen gab es nicht mehr. Das war eine eindeutige Botschaft an Polen bez. einer Verzichtspolitik. Nur Danzig, sowie eine Autobahn und Zugverbindung nach Ostpreußen wurde in Geheimverhandlungen von Hitler noch gefordert. Doch Polen blieb unnachgiebig. Polen profitierte vom Münchner Vertrag bei der Befreiung des Sudetenlandes im Herbst 1938 und blieb immer noch unnachgiebig. Hitlers Fehlentscheidung beim Marsch nach Prag im März 1939 war der Beginn eines tragischen Verlaufes. Nun hatte England einen Vorwand Polens „Unabhängigkeit“ zu garantieren. Wußten die Engländer nicht was sie damit taten? Das ist schwer vorstellbar, alle Auseinandersetzungen im Völkerbund waren noch nicht so lange her. Die Polen waren nun, abgesichert vom Westen, in der Lage Deutschland entscheidend zu provozieren – mittels Terror gegen die deutsche Minderheit und Drohungen gegen Danzig. Und das erfolgte auch. Zehntausende Deutsche flohen in den letzten Monaten und Wochen vor dem 1. September nach Deutschland. Und so lief alles wie auf einer schiefen Ebene auf den Krieg zu. Und da soll nur eine, nämlich die deutsche Seite am Kriegsausbruch schuld sein????? Warum unterschlagen Medien und Schulgeschichte die hier aufgezählten Fakten? Und warum wird nicht erwähnt, daß am 3. September 1939 der erste Massenmord an Zivilisten des Krieges begann, bekannt unter

dem Titel „*Bromberger Blutsonntag*“? Die Vorbereitungen der polnischen Behörden für den Massenmord an mehr als 12800 deutschen Opfern begannen bereits vor dem Krieg! Opferzahl, siehe Bierschenk: „*Deutsche Volksgruppe in Polen 1934-39*“ <https://www.wintersonnenwende.com/scriptorium/deutsch/archiv/bierschenk/dvp36.html> *

*Wir haben auf unserer Webseite Links zu anderen Seiten im Internet gelegt. Für alle diese Links möchten wir ausdrücklich betonen, dass wir keinerlei Einfluss auf die Gestaltung und die Inhalte der gelinkten Seiten haben. Deshalb distanzieren wir uns hiermit ausdrücklich von allen Inhalten aller gelinkten Seiten auf unserer Webseite. Diese Erklärung gilt für alle auf unserer Webseite angebrachten Links und für alle Inhalte der Seiten, zu denen die Banner und Links führen.

Der Auswandererzug.

Von Eduard Schwertfeger.

Mit vergrämten Gesichtszügen, aber aufrecht, strebt der deutsche Ansiedler Reinhold Kammler mit seiner stillen, blassen Frau und seinen fünf Kindern dem Posener Hauptbahnhof zu.

Von der Scholle vertrieben und heimatlos!

Wie er das Wort auch in sich dreht und wendet, es wird nicht anders. Mehr als ein Jahrzehnt entbehrungsreiche emsige Arbeit in der neuen Heimat soll er auslöschen aus seinem Leben! Aus der reichen Wolgagegend ist er damals hergezogen, weil dort die Russen kein Volkstum bedrängten.

Unter seiner tätigen Mitwirkung ist die Siedlung Neudorf groß und blühend geworden. Deshalb muß er auch jetzt als einer der ersten unter harten Bedingungen fort.

Nichts hat man ihm gelassen. Dennoch zeigt er seiner kampferprobten Lebensgefährtin nicht, wie ihn die Entwurzelung und die wirtschaftliche Vernichtung getroffen hat.

Gräu und matt und ohne Hoffnung liegt die Zukunft vor der Familie. Eine kleine Notbaracke in der Gegend von Rassel ist ihm als Wohnung zugewiesen worden. Aber was soll er dort beginnen?

Noch einmal rückblickend übersehaut er das Stadtbild Posens mit seinen schönen und stattlichen Bauwerken am Berliner Tore. Noch unberührt von polnischer Vernichtung kiest er die goldenen Lettern über dem deutschen Lagerhaus: „Gedenke, daß du ein Deutscher bist!“

Ja, sie wollen es gedenken, die Kammlers.

Ein deutscher Schaffner fertigt ihn an der Bahnhofssperre ab. Da stehen sie nun auf dem Bahnsteig, all die Entrechteten und Vertriebenen, mit Weib und Kind, Großmütterchen an der Schwelle des Grabes und die Frau, die Mutter werden will. Überall ein Bild des Jammers.

Geschäftiges Hin und Her. Polnische Rotpolizei — junge Studenten aus Warschau, roh und hasserfüllt den Ärmsten gegenüber, polnische Zollbeamte, die arme Habseligkeiten herausreißen und auf den Bahnsteig streuen, polnische Kriminalpolizei, verschminkt auf schuldlose Opfer lauernd. Dazwischen Abschied und Tränen.

Ein Mütterchen, zweiundsiebzig Jahre alt, befestigt mit zitternden Greifenhänden ein kleines Sträußchen mit einem Segenspruch an die Lokomotive des Auswandererzuges. Sie steht allein in der Welt und hat für Polen optiert, um ihren letzten Schlaf in heimatlicher Erde zu tun. Keinen der Auswandererzüge verläßt sie, jeden begleitet ihr stilles Gebet.

Endlich kann der Beamte das Abfahrtszeichen geben. Schwer ächzen die Lokomotiven, als könnten sie die Last des Unglücks der tausend heimatlosen Seelen nicht forttragen.

Das Mütterchen singt mit leiser Stimme: „Deutschland, Deutschland über alles!“

Erschütternd klingt aus dem Zuge: „Nun ade, du mein lieb Heimatland!“

Ist das Lied je inbrünstiger gesungen worden als von denen, die nun keine Heimat mehr haben? Die wenigen Zurückbleibenden entblößen ihr Haupt. Es ist, als ob ein Engel leise über den Bahnsteig schreiet.

So fährt wieder ein Auswandererzug ins Reich, um die Bewohner der Posener Lande in alle vier Richtungen der Windrose zu zerstreuen.

Während der Fahrt werden alle Reisenden nochmals unvermutet durchsucht. Polnische Eisenbahner mit umgeschalteten Krummsäbel, im Verein mit bewaffneten Zollbeamten tun dies in unangebrachter Schärfe. Auf langer Liste stehen die Dinge, deren Ausfuhr streng verboten ist.

Erst in Bentschen, an der neuen Reichsgrenze, hält der Zug.

Im dritten Wagen ist Aufregung und Unruhe. Aus der Mitte der verweist schluchzenden Seinen reißt ein Polizeitrupp den Siedler Reinhold Kammler.

Man hat ihn auf irgendeine Veranlassung hin besonders sorgfältig unterfucht. Die derben Doppelsohlen seiner Stiefel werden aufgeschnitten. Da rollen rote deutsche Goldstücke heraus, auf deren Ausführung die Todesstrafe steht. Lange hält der Zug. Niemand darf ihn verlassen. Verzweifelt wehren sich Frau und Kinder.

Ein Schnellgericht tritt zusammen, das Urteil ist bald gefällt...

Langsam fährt der Zug wieder an.

Ein scharfer Knall zerreißt die Luft. Ein dünnes Rauchfädchen zeigt an, daß ein deutsches Herz unter fremder Willkür aufgehört hat zu schlagen.

Das Entsetzen steht auf allen Gesichtern der Mitfahrenden. Mit grauem, blutleerem Antlitz kniet die Witwe. Starr und leer ist der Blick ihres Auges.

Plötzlich schlägt der Regen an die Wagenscheiben. Es ist, als traure der Himmel um das unverdiente Herzleid der Vertriebenen. Jörn und Verzweiflung über das Erlebte fahren mit dem Zug nach Deutschland hinein.

Welk hängen die Wämchen des Mütterchens an der Lokomotive. Ein unsichtbarer Gast ist in Bentschen eingeflogen und hat die einzelnen Wagen und Abteile durchschritten.

Vor der Witwe des Siedlers ist er stehen geblieben. Als der Zug in Rassel hält, trägt man sie still hinaus. Fünf Kindern, drei Jungen und zwei Mädchen, hat das Schicksal das Letzte genommen.

Und noch einen trägt man hinaus, einen Mann auf der Höhe der Jahre, der wie ein großer Baum das Umpflanzen nicht mehr vertragen. Er hat während der ganzen Fahrt mit heißen, trockenen Augen da-gesehen.

So kam der Auswandererzug in Rassel an.

Neunzig Züge mit vertriebenen Optanten sind zum Posener Hauptbahnhof hinausgerollt. In viele ist an der Grenze der stille Mitfahrer eingestiegen und hat die in seine Arme genommen, die das Flüchtlings-schicksal zerbrochen hat.

Posen zu Anfang der Zwanzigerjahre. Erzählung aus „Not und Treue der deutschen Ostmark“ von Eduard Schwertfeger, Berlin 1930



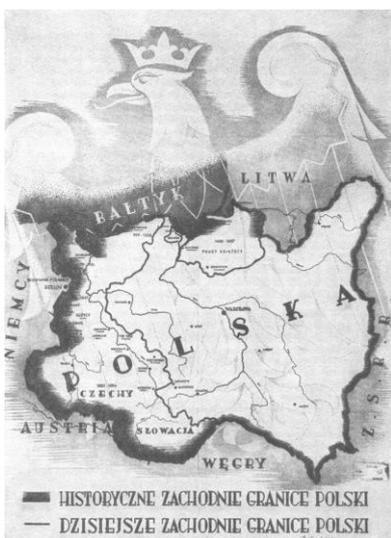
Einige Anführer der deutschen Minderheit in Polen.

v.l.n.r.: Otto Ulitz, Deutscher Volksbund Oberschlesien,

und die Senatoren Eugen Naumann, Erwin Hasbach, Rudolf Wiesner und Hans Kohnert.



Zwanzigerjahre: Internierung tausender Deutscher in Lagern wie Szczypiorno (bei Kalisch)



Sommer 1939: Deutsche fliehen vor dem polnischen Terror nach Deutschland

Polnischer Größenwahnsinn vergiftete die Beziehungen zu Deutschland. Sehr viel Kartenmaterial mit Gebietsansprüchen wurde publiziert und verbreitet.